

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Ar. 10. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 8. März 1929

Gegen Arbeiterschutz und Sozialgesetzgebung!

In Nr. 2 der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“, dem Organ des Innungsverbandes Bund deutscher Tapezierer und verwandter Gewerbe, finden wir einige recht niedliche Scharfmachereien, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten möchten. Unter der Überschrift: „Vor einem neuen Frontalangriff gegen das Handwerk?“ zieht ein Herr Dr. jur. H. E. Boneß gewaltig vom Leder. Wie wir bereits in Nr. 7 unserer Zeitung mitteilten, ist die Handwerksnovelle vom Reichstag angenommen worden, nota bene — mit den Stimmen der Sozialdemokratie. Die „A. T. Z.“ schreibt zu diesem Gesetz:

„Dankbar soll anerkannt werden, daß diese Novelle gewisse von maßgebender Seite gestellte Forderungen tatsächlich erfüllt, und daß die unermüdlich kämpfenden Führer der Spitzenorganisationen und vor allem auch die parlamentarischen Vertreter des Handwerks einen ehrenvollen Sieg errungen haben, der viel Mühe, viel Arbeit und viel Verdruß gekostet hat. Jeder Einsichtige, der nur ungefähr weiß, wie die Verhältnisse liegen, wird zugestehen müssen, daß die Handwerksnovelle bei den zahlreichen, maßlos erbittert wühlenden Feinden des Handwerks einen großen Erfolg darstellt, und daß angesichts der eigenartigen parlamentarischen Konstellation beim besten Willen nicht mehr zu erreichen war.“

Wo sind nun die zahlreichen, maßlos erbittert wühlenden Feinde des Handwerks zu suchen? Einer der prominentesten Führer der Wirtschaftspartei, Herr Reichstagsabgeordneter Drowitz, führte u. a. im Reichstag aus: „Das Handwerk ist sozialer als die Großindustrie. Wir begrüßen die Einbeziehung der Gutshandwerker in die Wangensinnungen, sie werden jetzt lernen, sich von den Gutsbesitzern nicht mehr so ausbeuten zu lassen.“ Der Parlamentsbericht vermerkt an dieser Stelle — in Ruhe und Widerspruch auf den Wägen der Deutschnationalen Partei — „Naive Menschen könnten dadurch zu dem Glauben gelangen, daß der Feind des Handwerks — rechts — steht. Rechtzeitig erwidert jedoch der Artikelschreiber, daß es in Wirklichkeit ganz anders aussieht. Der „ehrlieh errungene Sieg“ ist gar kein Sieg gewesen, sondern nur ein Brocken, den man dem Handwerk hingeworfen hat, um es einzulullen, während sich die Gegenparte für berechtigt hält, nunmehr ihrerseits neue Gesetze zu verlangen. Aber es kann ja nichts passieren — Herr Dr. Boneß erkennt rechtzeitig die große Gefahr und warnt:

„Man vergesse nicht, daß vielleicht schon in einigen Wochen das neue Arbeitsschutzgesetz in Kraft treten wird, und daß dieses Gesetz bedeutend zahlreicher und folgenreichere Veränderungen der Gewerbeordnung enthält als die recht harmlose Handwerksnovelle. Man vergesse nicht, daß der Tag, an dem dieses Arbeitsschutzgesetz ein deutsches Reichsgesetz werden wird, ein Tag des Triumphes der politisch organisierten Arbeiterschaft über die Wirtschaft, insbesondere auch das Handwerk sein wird, und daß dieser Tag einen der erfolgreichsten Schritte auf dem Wege der Sozialisierung und des Uberganges des Arbeitnehmers über den selbständigen Gewerbetreibenden bedeutet.“

Sedersich da hammerst! Der Feind steht links! In der ebendritten Forderung der „A. T. Z.“ die Zeit und des Arbeitsschutzes steht die Sozialistische Reiches. bevorstehende Vollendung des sozialistischen Reiches.

„Neue Einschränkungen der Arbeitszeit, höhere Beiträge für die Erwerbslosen, Verschärfung der Arbeitsgeber, neue Tarifverträge, zahllose Pflichten gegenüber neuen Ämtern und Behörden, die kein Mensch mehr auseinander halten kann, ganz erhebliche neue Steuern, das kennzeichnen den Geist dessen, was sich für die kommenden Monate in Vorbereitung befindet.“

Es würde zu weit führen, wollten wir das ganze Sammelurteil wiedergeben, mit dem bewiesen werden soll, daß beinahe alle Steuern und die Dames-Lassen auf das Handwerk und den Mittelstand abgelenkt werden. Der Glanzpunkt des ganzen

Artikels ist jedenfalls die Einstellung zur Eugensozialgesetzgebung, wie sich der Artikelschreiber so schön ausdrückt. Er schreibt:

„Trotz der uns von außen bedrohenden Gefahren nimmt im Innern unsere Eugensozialgesetzgebung unbehindert ihren Fortgang. Während es vielleicht allein unsere Rettung sein könnte, daß heute jeder Deutsche mit eisernem Willen, wannhaft um sich schlagend, selbständig seine Existenz aufzubauen und nicht anders im Sinn zu haben als zu arbeiten, nichts als arbeiten und heldenhaft seine Pflicht zu tun, hat es sich unsere Sozialgesetzgebung schmeibbar zur Aufgabe gesetzt, die menschliche Schwäche und Verarmungslosigkeit zu prämillieren und jeden Deutschen unter Vormundhaft zu stellen. Sprechen wir es einmal offen aus: die sich immer weiter ausdehnende Versorgungssepieemie züchtet mit aller Gewalt den Willen zur

Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerlässliche Forderung ihres Rechts und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur, so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur nur irgend verstatet. Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angestrengt, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.

Blick (Der geschlossene Handrücken)

Arbeitslosigkeit, zur Trägheit und schließlich zu einem willenlosen Vertrauen auf den Vater Staat, der mit seinen tausend „Kassen“ irgendetwas für Hilfe sorgen wird. Das Ideal dieses schrankenlosen Versorgungsprinzips ist es zu sein, jedem erwachsenen deutschen Bürger von Staates wegen eine Rente zu bestellen, die sorgsam alle Schritte behütet und bewacht.“

Wer sind denn die Kreise, die am meisten nach Staatshilfe aus „tausend“ Kassen schreien. Seit über 40 Jahren gelten durch das Reich die agrarischen Notschreie nach Regierungshilfe, nach höheren Preisen und Zöllen. Treu zur Seite schritten ihnen die Hausagrarien in ihrem Wunsch nach völliger Freiheit die Wägen zu erhöhen. Industrie und Handel können nicht zurückbleiben in diesem edlen Wettbewerb um die Führung an der Hand der Staatskassette. Allerdings darf die Hand nicht leer sein, sonst läßt das stürmische Interesse lebhaft nach. Aber die arbeitenden Stände? Herr Boneß sagt, die sollen eben arbeiten, nichts als arbeiten und ihre Pflicht erfüllen.

Zurzeit werden wir im Reich über drei Millionen Arbeitslose zählen. Am Schluß des Jahres 1928 betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder im Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband 17,5, bei den Schuhmachern 23,7, im Bauergewerksbund 53,1 und bei den Dachdeckern 55,1, und ist infolge der wahrhaft fährlichen Kälte weiter gestiegen. Selbst in der Hochkonjunkturperiode von Anfang 1927 bis Oktober 1928 blieben, trotzdem etwa zweieinhalb Millionen Menschen neu in die deutsche Produktion hineingekommen waren, noch Hunderttausende arbeitslos.

Unter den Arbeitslosen befinden sich nicht nur Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch eine sehr hohe Anzahl von Kleinrentnern aller Verufe (auch Tapeziererinnungsmeister), die nichts anderes im Sinn haben wie arbeiten, denen es jedoch infolge des

Zurückgehens der Nachfrage und dem steigenden Angebot von Händen nicht gelingen will, Arbeit und damit Erwerbsmöglichkeit zu finden.

Der Artikelschreiber in der „A. T. Z.“ würde der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke einen unschätzbaren Dienst erweisen, wenn er ver-raten will, wo denn für all die Hände, die zurzeit wider Willen ruhen müssen, Arbeit zu finden ist. Er würde vor allem den Mitgliedern des Bundes deutscher Tapezierer einen sehr guten Dienst damit leisten. Warum tut es der Herr denn nicht?

Herr Prof. Julius Firsch schätzt die Nichtbeschäftigung von nur einer Million Menschen in Deutschland gleich einem Wertverlust von drei Milliarden Mark möglicher Arbeit im Jahre und bezeichnet diesen Zustand als eine wirtschaftliche Verschwendung.

Eine Besserung ist nicht dadurch herbeizuführen, indem man den Opfern der Krise, des harten Winters und der Kriegsnachwehen, für die doch schließlich die Arbeiter am allerwenigsten verantwortlich gemacht werden können, mit der „A. T. Z.“, Neigung zur Krankheit, zur Trägheit und willenlosen Drang sich vom Staat versorgen zu lassen“ vorwirft, um dann die durch nichts bewiesene Behauptung aufzustellen, die Lasten dieser ganzen Entwicklung trage zum größten Teil der Mittelstand, das Handwerk und das Gewerbe.

Abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft den Löwenanteil der Beiträge zur Sozialversicherung selbst trägt, ergibt ein Einblick in den Anteil der Lohnsteuern und der indirekten Steuern, die sich als Kopfsteuern auswirken und zum weitaus größten Teil von den Arbeitnehmern aufgebracht werden, mer die eigentlichen Träger der Lasten im Staate sind, nämlich die Arbeiterschaft.

Am Schluß seines Artikels enthüllt der Schreiber desselben noch einmal die ganze Verderbtheit der Arbeiter, selbstverständlich nur der Organisierten. Er schreibt:

„Die politisch organisierte Arbeiterschaft kämpft in erster Linie gar nicht gegen den Großkapitalismus, sie kämpft gegen den deutschen Mittelstand, der ihm aus strategischen Gründen ein viel gefährlicherer Feind dünkt. Das Ziel ist, einen klaffenden Gegenatz zwischen Proletariat und Großkapital zu schaffen, der unter ganzes Volk beherrschend soll und seine Heberbrückung mehr duldet. Ist erst einmal der Mittelstand mit seinem kleinen Besitz beiseite geschafft, hat es die zum Sozialismus drängende Masse nur noch mit dem einzelnen Großunternehmen zu tun, dann ist ihr der endgültige Sieg leicht gemacht, dann ist das Ziel zum Greifen nahe.“

Diese Melodie ist nicht mehr ganz neu, nur wird der Herr Boneß mit derartigen „mit eisernem Willen um sich zu schlagen“ nicht mehr Erfolg erzielen wie der bekannte Elefant im Porzellanladen; Erwerbsmöglichkeiten werden daraus auch nicht für einen einzigen Arbeitslosen entstehen. Die Pflicht aller Wirtschaftsführer ist es, für die enorme Zahl von Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Ueber drei Millionen Erwerbslose, mit Familienangehörigen neun Millionen Menschen, scheiden nicht nur aus dem Produktionsprozeß, sondern überwiegend auch als Konsumanten aus. Die daraus entstehenden Schäden an der Gesamtwirtschaft lassen sich nicht dadurch beseitigen, indem man den unschuldigen Opfern der Krise „Willen zur Trägheit“ unierfesselt.

Die deutsche Arbeiterschaft erwartet von der Reichsregierung, daß sie unbehindert durch reaktionäre Angriffe auf die Arbeiterschutz- und Sozialgesetzgebung Maßnahmen gegen die Verelendung der von der Krise Betroffenen ergreift und durch klare Fassung des Arbeitsschutzgesetzes alle Hoffnungen in Scharfmachertreuen zurückgeben macht, soweit versucht werden soll, die Notlage der Arbeitslosen zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen.

Unsere Kollegen und Kolleginnen werden auf daran tun, wenn sie die reaktionären Ziele der Arbeitgeber im Auge behalten.

Der Arbeitsmarkt im Februar.

Infolge des ungewöhnlich lang anhaltenden Frostes hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit auch im Februar angehalten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger erreichte Ende Februar 1929 nach den Berichten der Landesarbeitsämter 2 1/2 Millionen. Die Arbeitslosigkeit hat damit den Höchststand des Krisenjahres 1928 um etwa eine halbe Million überschritten. Ein großer Teil dieser Erwerbslosigkeit ist auf das Konto der starken Kälte und des dadurch bedingten Stillstandes der Bauarbeiten, Verzögerung der Frühjahrbestellung in der Landwirtschaft u. a. zu setzen und wird bei eintretender wärmerer Witterung wieder ausgeglichen werden können. Es treten jedoch auch andere Folgen des strengen Winters auf. Die völlige und lange Arbeitsruhe auf dem Baumarkt drückt schwer auf die Entwicklung im Metall- und noch fühlbarer im Holzgewerbe. Die umfangreiche Arbeitslosigkeit hat die Kaufkraft geschwächt; der große Bedarf an Hausbrandkohle hat sie zudem nach von anderen Verbrauchsgütern abgezogen. In der Metallwirtschaft blieb das Niveau der Arbeitslosigkeit sehr hoch.

Durch die entstandenen großen Einkommensausfälle hat sich die Kaufkraft für das Frühjahrsgeschäft stark vermindert. Das Institut für Konjunkturforschung stellt fest, daß für die beiden ersten Monate des Jahres 1929 ein Zurückgehen des Arbeitseinkommens erfolgt ist, und sagt dazu: „Schätzungsweise läßt sich angeben, daß im Januar und Februar zulammen das industrielle Lohnentkommen wegen der weit geringeren Beschäftigung (trotz der höheren Löhne) um etwa 200 bis 250 Mill. Reichsmark niedriger war als im Januar und Februar 1928. Hinzu kommt, daß auch das landwirtschaftliche Arbeitseinkommen gegenwärtig niedriger sein dürfte als im Vorjahr, da die Kälte in der Landwirtschaft die Inangriffnahme der Bestelungsarbeiten bisher unmöglich gemacht hat. Der Verlust, der dadurch an Arbeiterentkommen entsteht, läßt sich jedoch nicht zahlenmäßig schätzen. Diesen Verlusten an primären Arbeitseinkommen hat man die Beiträge gegenüberzustellen, die an Unterhaltungen aus der Arbeitslosenversicherung und Krankenunterstützung gezahlt worden sind. Sie dürften für die beiden ersten Monate des Jahres gegenüber dem Vorjahr um rund 100 bis 120 Mill. Reichsmark gestiegen sein. Der Nettoverlust an Arbeitseinkommen dürfte sich daher für Januar und Februar zulammen gegenüber 1928 auf mindestens 100 bis 150 Mill. Reichsmark stellen.“

Infolge dieses starken Rückganges der Kaufkraft der erwerbsfähigen Bevölkerung und des Umstandes, daß Öftern in diesem Jahre sehr zeitig fällt, dürfte das Frühjahrsgeschäft nur sehr langsam in Fluß kommen.

wobei sich ergeben hat, daß mindestens das Verhältnis von Arbeit und Erholung sich wie 11:1 verhalten sollte, d. h. auf jede Arbeitsstunde 5 Minuten Erholung oder auf zwei Stunden Arbeit eine Erholungsstunde von 10 Minuten. Da diese Pausen gemäßen, um den Aufbau an der Arbeitskraft im Gleicharbeitssystem zu verhindern, muß durch genaue Untersuchungen, die für die einzelnen Industriefirmen besonders vortunehmen sind, nach näher erörtert werden.

Die Leipziger Frühjahrsmesse.

Die allgemeine Befürchtung, daß der Besuch der Messe unter dem Einfluß der momentanen wirtschaftlichen Lage sehr leiden würde, hat sich erweislich nicht erfüllt. Dagegen wird mitgeteilt, daß die Käufer sich bei der Bemessung der Quantität der Bestellungen doch gewisse Beschränkungen auferlegen. Trotzdem rechnet man im allgemeinen mit einem betriebliebenden Ergebnis der Frühjahrsmesse. Bezieht man sich auf den Gesamtbesuch, so ist in diesem Jahre Öftern sehr früh und der Einzelbesuch noch nicht recht weit, wie er disponieren soll. Ein verhältnismäßig gutes Anlangsgeschäft wird für die Möbelindustrie gemeldet. Die deutschen Händler suchten möglichst billige Sagen. Der Absatz dieser Erzeugnisse leidet aber nach wie vor empfindlich unter dem Wohnungsmangel. Ausländer traten als Käufer für Rohmehl auf. Der Export in Rußland wird durch die Zollpräzedenzen des Auslandes erschwert. Die Lebensmittelindustrie hatte ziemlich lebhaft Nachfrage aus dem Ausland. Die Kaffeeindustrie stand unter dem Einfluß der Unsicherheit, die zuerst in der Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten für das Frühjahr und den Sommer vorhanden ist. Die Spielwarenmesse zeigt guten Besuch, sie ist mit Neukunden reich ausgestattet. Auch die Papiermesse weist starken Besuch auf. Einige Firmen berichteten über gutes Geschäft. Die Messe der Haus- und Tischgerätekunde zeigt den erwarteten Bedarfsgeschäft. Manche Arbeit für den Haushalt wird hier gezeigt. Deutsche Käufer erteilten Aufträge für Gasapparate, das Ausland interessiert sich für Emaillewaren und Tischgeräte. Auf der Schwarenmesse ist das Geschäft betriebliebend. Auf der technischen Messe erwies sich die Baumesse in ihrer neuen großartigen und zweckmäßigen Halle Nr. 19 als ein großer Erfolg. Die Elektrotechnik erzielt bedeutende Umsätze in Installationsbedarf und elektrischen Haushaltartikeln. Guten Besuch hat auch die Ausstellung des Deutschen Stahlbauverbandes. Die Radiotechnik verkauft Radiosingletons in großem Umfange.

Hoher Zinsfuß und Arbeitslosigkeit.

Die drei Millionen Arbeitslosen geben wieder einmal den Anlaß zu einem Generalangriff auf die Löhne. Aus dem großen Mitterwahn wie aus den Febern der Industrielokale ist uns der Ruf entgegen: der hohe Zins als Ausdruck der bestehenden Kapitalknappheit sei die Ursache der gewaltigen Arbeitslosigkeit. Man formuliert das auch anders: erst wenn die Kapitalbildung steigt und damit der Zinsfuß sinkt, würden die Arbeitslosen Beschäftigung finden. Die Kapitalbildung könne aber nur gesteigert werden durch Einschränkung des Verbrauchs, was aber nur durch Reduzierung der Löhne erreicht werden könne. In recht pathetischer Form fand dieser Gedankengang kürzlich Ausdruck in einem Artikel von Dr. Stolper, dem Herausgeber des „Deutschen Volkswirts“: „Zweifeln Sie, zweifeln irgend jemand in Deutschland daran, daß die Arbeitslosigkeit geringer wäre, wenn Deutschland statt eines 10prozentigen einen 5prozentigen Zinsfuß hätte? Zweifel Sie, zweifeln irgend jemand daran, daß wir die Kapitalbildung näher wären, wenn in Deutschland weniger verbraucht und mehr gespart worden wäre?“ Die Schlussfolgerung: die gegenwärtigen Löhne sind zu hoch und gestalten nicht die Senkung der Zinsfuß.

Was an dieser Darstellung nicht zu bestreiten ist, ist die Tatsache, daß der Kapitalbedarf in Deutschland größer ist als die Kapitalbildung, obwohl dies durch gesteigerte Produktivität der Gesamtwirtschaft in den letzten Jahren sehr umfangreich war. Deshalb der hohe Zinsfuß, der trotz Auslandsanleihen immer noch außerordentlich hoch ist. Wenn auch das relative Zurückbleiben der Kapitalbildung hinter dem Kapitalbedarf infolge der Nachwirkungen des Krieges und der Inflationszeit die der Notwendigkeit, für Rationalisierungsmaßnahmen ungeheure Summen auszugeben, eine natürliche Erklärung ist, wenn auch die fortschreitende, teilsweise geringe Kapitalbildung erit allmählich bis zur Höhe des Kapitalbedarfs anzuheben und der Kapitalbedarf selbst bei beschleunigter Kapitalbildung vorerst nicht gedeckt werden kann, so soll dennoch die Notwendigkeit einer starken Kapitalbildung keineswegs gelapset werden. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß die mit Hilfe der Kapitalbildung erfolgte Rationalisierung Arbeitskräfte in großem Umfang freisetzt — da doch deren Unterbringung in anderen Wirtschaftszweigen umfangreiche neue Kapitalien erfordert.

Wenn gegenwärtigen Konjunkturfriede wirken verbleibende Faktoren, insbesondere und konjunkturfähig: zur Freilegung der Arbeitskräfte durch die Rationalisierung gefehlt sich das Anwachsen der arbeitenden Bevölkerung. So handelt es sich nicht um eine wirtschaftliche Konjunkturerlöse, sondern um eine Krise, die auch in Veränderungen im Aufbau der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes beruht. In zu ihrer Überwindung bedarf zweifellos mehr und immer mehr Kapital und, was bedeutsam ist, ein niedrigerer Zinsfuß.

So haben wir die Notwendigkeit einer ausreichenden Kapitalbildung zugegeben. Was hat dies nun mit den Löhnen zu tun? Zum ersten ist es wahr, daß eine gesteigerte Kapitalbildung allein auf Kosten des Verbrauchs erfolgen kann? Oder aber ist es nicht vielmehr möglich, daß die Kapitalbildung gerade mit Hilfe eines

größeren Konsumtions, welcher der Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Betriebe gestattet und dadurch die Produktionskosten senkt, erhöht werden kann? Ist die Überbrückung der Kluft zwischen Leistungsfähigkeit und lauffähigem Absatz anders als durch Kräftigung des Verbrauchs möglich? Dazu muß noch berücksichtigt werden, daß ein Teil der Löhne überhaupt nicht verbraucht, sondern, sei es durch die Arbeiter, sei es durch die Vermögensansammlung der Sozialversicherung, erspart wird.

Wenn in dem erwähnten Aufsatz davon die Rede ist, daß bei einem 5prozentigen Kapitalzins die Arbeitslosigkeit geringer wäre als bei einem 10prozentigen, so muß man die Frage aufwerfen: könnte durch Lohnpolitik eine solche oder nur annähernde Senkung des Kapitalzinses erzwungen werden? Davon kann freilich auch dann nicht die Rede sein, wenn, entgegen unseren Annahmen die Kapitalbildung allein durch Einschränkung des Verbrauchs der Lohnempfänger gefördert werden könnte. Die Löhne sind aber ihrem gegenwärtigen, im allgemeinen recht niedrigen, Niveau, so könnte der Zinsfuß aus diesem Grunde überhaupt nicht sinken. Nehmen wir die die gesamten Lohnkosten im Jahre um die große Millionen Mark, herabgesetzt würde: glaubt jemand, daß eine solche Herabsetzung ausreichen würde, um den Kapitalzins herabzubringen? Wir haben Jahr für Jahr Kapitalien in einer Höhe eingeführt, die das Vielfache der oben erwähnten Summe betragen hat, ohne daß dies zu einer Behauptung der Zinsenkung durch niedrigere Löhne auf solche Vorstellungen über die Größenverhältnisse des Kapitalbedarfs und der möglichen Vorkapitalien.

Im Wirtschaft ist es vollkommen abwegig, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Höhe der Löhne als ausschlaggebenden Faktor bei der Kapitalbildung in Rechnung zu stellen. Die Kapitalbildung wird gebindert zunächst durch die Konsumtion. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als ob die hohen Kartellgewinne die Voraussetzung für die Kapitalbildung wären. In Wirklichkeit ist dies ein Trugschluß. Es kommt darauf an, wie jene Kartellgewinne — die im übrigen die Kartellunternehmungen zuwenden werden. Bekanntlich werden ungeheure Kartell- und Trustgewinne auf dem Wege der Selbstfinanzierung, d. h. ohne Inanspruchnahme von Krediten, ohne weitere wirtschaftlichen Nutzen verpulvert. Im Dienste der waltigen Kapitalien festgelegt, die die Leistungsfähigkeit Rohstoffbergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Zement-, Glas-, Porzellanindustrie und eine Anzahl anderer Industriezweige können ihre Leistungsfähigkeit selbst bei guter Konjunktur nicht ausnützen. So betragt z. B. die Leistungsfähigkeit der Stahlindustrie 25 Millionen Tonnen bei einer Produktion von 14,4 Millionen Kapitalbildung, sondern zwangsmäßig ersparte Kapitalien entgegen (durch hohe Preise werden die Verbraucher der Kapitalherstellung wichtiger Produktionszweige, für welche die Rohstoffe knapp ist, erzwungen wird, hinzu kommen noch, daß gerade diese übermäßig ausgedehnten Industriezweige mit viel stehendem (stagnantem) Kapital arbeiten, wodurch sie relativ wenigen Arbeitsträften Beschäftigung fräfte freilegen. Betriebe, die auf die Dauer nicht auszuhalten werden, bedeuten aber eine Kapitalverwertung. Nicht also, wer es mit der Kapitalbildung ernst nimmt, in erster

Anders Moments, die die notwendige Kapitalbildung erschweren, sind der überfällige Liquidations, der eben in Investitionen. Wenn die Kapitalien heute die Erhöhung der Vermögenssteuer mit der Begründung befehlen, daß diese Steuer die Kapitalbildung unterbinde, so muß man darauf aufmerksam machen, daß man mit Vermögenswerten kann, und auf das englische Beispiel hinweisen, wo seit mit Hilfe der Vermögenssteuer erreicht werden konnte, daß die Kapitalbildung durch die geringe Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion, und Gegenstand ist der Ertragssteigerung der Landwirtschaft, wenn die Lohnempfänger der Stadtbevölkerung angehebt werden, für die erhöhten Erträge der Landwirtschaft einen Absatz den, Ertragswert wird die Kapitalbildung durch die Ertragssteigerung der Vermögenssteuer im Jahr zu Jahr sind auch Arbeit im Ausland jenen Absatz und jene Warenwerte, die zur Förderung der Kapitalbildung im Inland, die Produktion auf bestimmter Qualitätswaren nicht in Erfolg.

Auf dem kürzlich Kongress des Vereins für Sozialpolitik warnte in der Debatte über die Ursachen der Wirtschaftskrise der Leiter Universitätsprofessor Adolf Gumbel, die Kapitalbildung der Arbeiterklasse, d. h. ein Element. Diefelbe Warnung ist bei der Frage der Kapitalbildung am Platze. Auch hier kann das Zurückbleiben der Kapitalbildung auf Kosten des Verbrauchs nicht auf eine Angelegenheit von Verlassen verantwortlich, worunter aber der Haupt eine, so unter seinen Umständen eine erhebliche Rolle spielt.

Mitarbeiter und Arbeitsintensität.

Die Rationalisierung der Betriebe hat die Methode der Mitarbeiter in wachsendem Maße auch in unser Wirtschaftlichen Eingang finden lassen. Bestand bisher die Betriebsorganisation in Betrieben mit Massenarbeiterschaft darin, daß die einzelnen Arbeitervorgänge auf einzelne Werkstätten, in denen jeweils nur eine Teilarbeit verrichtet wurde, aufgeteilt wurden, so gibt es bei der Mitarbeiterarbeit nur eine Werkstätte, in der alle Teilarbeiten unmittelbar nacheinander ausgeführt werden. Es treten nebeneinander nicht gleichartige Werkstätten, sondern verschiedene sind, die so aufgeteilt sind, wie die einzelnen Teilarbeiten des gesamten Arbeitsganges zeitlich nacheinander folgen. Die dadurch erzielten Vorteile waren einmal eine spürbare Ersparnis an Transportwegen, indem die langen Wege, die bisher die Arbeitskräfte von den einzelnen Werkstätten zurücklegen mußten, in eine einzige kurze Transportstrecke zusammengefaßt werden konnten. Zum anderen aber bedeutete die Methode der Mitarbeiterarbeit eine außerordentliche Steigerung des Kapitalumschlags, da die Mitarbeiter die Produktionskapazität sehr vergrößerte. Wie Professor Ermann in seinem oben erwähnten Buch: „Theorie und Praxis der Rationalisierung“ angibt beträgt beispielsweise in Deutschland die durchschnittliche Produktionsdauer eines Automobils 180 Tage, bei Ford, der bekanntlich die Mitarbeiter in seinen Werken völlig durchführte, nur 2 Tage. Um zehntausend Automobile zu erzeugen, würden also bei Ford unter Zugrundelegung eines Selbststoffpreises von 800 Mk. für das einzelne Automobil 10 000 x 800 x 2 = 16 Millionen Mark Kapital fähig an die Produktion gebunden sein, in Deutschland dagegen selbst bei Annahme deselben geringen Selbststoffpreises, aber bei einer Produktionsdauer von 180 Tagen, 10 000 x 800 x 180 = 1440 Millionen Mark Kapital erforderlich sein! Die Kapitalersparnis ist in Wirklichkeit sogar noch größer, wenn man bedenkt, daß die Mitarbeiter die Lagerkosten vermindert, indem sie an die Stelle großer Lager kleine treten können, die meist nur Vorräte für zehn Arbeitstage zu empfangen brauchen. Wo die Mitarbeiter mit dem Gütem des laufenden Bandes (Conveyor) verbunden ist — Mitarbeiter und laufendes Band sind nicht daselbe, Mitarbeiter ist möglich ohne laufendes Band und ebenso laufendes Band ohne Mitarbeiter — besteht die Möglichkeit einer übermäßigen Steigerung der Arbeitsintensität, die von dem allein auf Erwerb und möglichst hohen Profit einzustellten kapitalistischen Betrieb natürlich voll wahrgenommen wird. Wegen die Gefahr einer übermäßigen Intensivierung der Arbeit, die Aufbau an der Arbeitskraft, frühzeitiges Altern des Arbeiters, Schwächung seiner Gesundheit bedeutet muß um so mehr angefümpft werden, als der Kapitalismus als solcher sich um frühzeitigen Verfall der Arbeitskräfte nicht kümmert. Ihm ist es nur um maximale Ausnutzung der Arbeitskräfte zu tun, nicht um die beste Ausnutzung, die etwas gänzlich anderes bedeutet und vor allem die Heildauer der Arbeitsfähigkeit berücksichtigen muß. Der Verantwortungslosigkeit, die auch hier der Kapitalismus zeigt, ist durch sozialpolitische Schutzmaßnahmen und vor allem auch durch rechtzeitige Aufführung der Wäfen entgegenzutreten. Praktisch wird dieses zu erreichen sein vor allem durch häufiges Einschleiben von Erholungsstunden,

Betrieb und Wirtschaft

Zweck der Arbeitszeitgesetz.

Von Heinz Volthoff, München.

Wohlwollend vollendet sich das erste Jahrhundert deutscher Sozialpolitik. Sie begann mit einer preußischen Verordnung, die der Beschäftigung von Kindern eine Höchstgrenze von zehn Stunden legte und war veranlaßt durch die Warnung eines Generals, der auf die Verwüstung der Wehrfähigkeit der heranwachsenden Generation durch die übermäßige Erwerbsarbeit von Kindern und Frauen in der damals jungen mechanischen Textilindustrie am Rheinhofen hinwies.

Diese Erinnerung hat nicht nur geschichtlichen, sondern auch ganz praktischen Wert. Denn sie selbst lehrt uns den Grundgedanken erkennen, der seitdem die Sozialpolitik beherrscht hat. Abgesehen von der hier nicht zu erörternden Fürsorgepolitik, die mit Versicherung und Wohlfahrt den Bemühten davor bewahren will, daß eine vorübergehende oder dauernde Arbeitsunfähigkeit ihn sofort in wirtschaftlichen Not bringt, läßt sich die übrige Sozialpolitik im Begriff des Arbeitsschutzes zusammenfassen.

Der Zweck dieses Arbeitsschutzes ist: Zwang des Unternehmers zu rationeller Ausnutzung der in dem Betrieb befindlichen Arbeitskräfte, die sich in seinen Dienst stellen und die sich in keinem Dienst stellen müssen, weil unsere Rechts- und Wirtschaftsordnung ihnen keine andere einwandfreie Möglichkeit zur Gewinnung des Lebensbedarfs gibt. Solange der Boden in fast unbeschränktem Privateigentum liegt und der Privateigentümer mit dem Boden allen Nutzen aus dem Raum und die Luft sperren kann, so lange nicht den Besitzlosen keine Wahl: sie müssen von den Besitzern des Raumes die Erlaubnis des Lebens und Wohlens erkaufen. Und da sie keine Sachgründe haben, um den Tribut der Grundrente (meist Vergütung des Kapitals) zu zahlen, so müssen sie ihn mit ihrer Person zahlen, indem sie ihre Arbeitskraft, das heißt sich selbst, in den Dienst des Besitzenden stellen.

Selbst der Arbeitnehmer nicht mehr ein Sklave oder Leibeigener, sondern ein vollberechtigter, freier, nur durch den Zwang gebundener Staatsbürger ist, hat der Unternehmer kein privatrechtliches Interesse mehr am beschäftigten Arbeitnehmer. Er legt sein Geld nicht mehr darin an, um den Nutzen aus dem Boden zu ziehen, sondern um nach Ausbeutungswert. Solange der müde gewordene Arbeiter durch freie Kündigung abgelassen und durch eine neue Kraft ersetzt werden kann, ist es rein privatrechtlich direkt vorteilhaft, den Arbeiter durch Überausnutzung und Unterernährung in kurzer Zeit auszunutzen und ihn dann der Gesamtheit zur Verfügung zu stellen zu lassen. Aber die Gesamtheit kann das nicht geschehen lassen. Volkswirtschaftlich ist solches Verhalten schlimmer Raubbau am wichtigsten Volksgute. Denn die Arbeitskraft der Millionen ist die Grundlage des Wohlstandes. In den 20 Millionen Menschen legen wir ein Viertel alles Einkommens und Vermögens an. Ihre Arbeitskraft hat eine Goldbilion gekostet, eine fast unerschöpfbare Summe, die wir gewissermaßen als Kapitalanlage in uns selbst herumtragen. Von der Vergütung dieser Bilion hängen in erster Linie das Reichwerden des Volkes ab. Vergütung des Menschen aber bedeutet, daß der Ertrag seines Lebens größer ist als sein Verbrauch, daß möglichst viele Menschen in ihrem ganzen Leben arbeiten können und sich verzehren. Daraus ergibt sich das entscheidende volkswirtschaftliche Interesse: daß alle Neuverworbene zu Vollmännern mit recht hoher Leistung heranreifen, und daß alle Erwachsenen möglichst lange auf der Höhe der Leistungsfähigkeit bleiben.

Volkswirtschaftlich kommt es also nicht nur auf die Leistung des Augenblicks an, sondern auf die dauernde Leistung, auf die Lebensleistung. Deswegen muß auf die Begleitung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit ein besonderes Gewicht gelegt werden. Pflegende Behandlung der menschlichen Arbeitskraft ist genau so ein Gebot zweckmäßiger Wirtschaft wie pflegender Umgang mit allen Produktionsmitteln. Bei diesen weiß das eigene Interesse des Arbeitnehmers darauf hin. Bei der Beschäftigung von Kindern steht das privatrechtliche Interesse im Gegensatz zum volkswirtschaftlichen Interesse (wenn es losgelöst von allen allgemeinen, juristischen ist). Deswegen muß die Arbeit auf das Gemeinwohl (das letzte Ende natürlich) und das Interesse aller einzelnen (ist) dem Unternehmer zugewandt werden. Er darf nicht sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern.

Die Form dieses Zwanges steht in scheinbarem Gegensatz zum Zweck. Denn während der Zweck ein Steigern der Arbeitsleistung des ganzen Volkes ist, erscheint der Zwang als Einschränkung in der Form einer Beschränkung der zulässigen Beschäftigung. Verdorben durch die geistliche und laienliche Beherrschung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen, Sonnagarbe, Nachtarbeit, alles das ist vorübergehende Verminderung der menschlichen Tätigkeit, um auf die Dauer eine Erhaltung der Tätigkeit und vor allem ihres Erfolges zu erreichen: rationales Wirtschaften! Dieser Gesichtspunkt ist heute vorherrschend für die gezielte Regelung der Arbeitszeit. Was beim gesundheitslichen Hocharbeitstage sofort in die Augen springt, gilt auch vom allgemeinen Wohlbefinden: es soll eine Ueberanstrengung der Menschen verhindert werden, die der Höchstleistung im Laufe der Lebensdauer hinderlich sein würde. Zwei Ergebnisse gibt es, auf denen dieser Gesichtspunkt seine Geltung hat. Da, wo die zulässige oder längere Schicht auch privatrechtlich als das sogenannte Optimum darstellt, bei dem der Gewinn des Unternehmers der höchste ist, da bedarf es keiner volkswirtschaftlichen Zwanges nicht. Und das Gebot der Ueberanstrengung der Privatrechtlichkeit mit der volkswirtschaftlich stellt sich als immer größer heraus, je mehr der Mensch arbeitet. Andererseits gibt es Tätigkeiten, die eine unzulässige oder längere Beschäftigung der Gesundheit nicht schadet. Hier ist der Zwang durch eine

politische und kulturelle Forderung, die aus der republikanischen Staatsverfassung erwächst. Auf dem zwischenliegenden Hauptgebiete ist er zugleich eine sozialbiologische Forderung, die der pfleglichen Behandlung des wichtigsten Produktionsmittels dient.

Der Schutz des Weges zur Arbeitsstätte.

Die reichsgesetzliche Unfallversicherung unterstellt auch die Wege von der Wohnung des Arbeitnehmers in den versicherten Betrieb und von diesem in die Wohnung dem Versicherungsschutz. Unfälle, die sich auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt ereignen, sind als Betriebsunfälle zu entschädigen. Das Reichsversicherungsamt hat eine große Anzahl von Streitfällen, die sich durch diese neue gesetzliche Bestimmung ergeben haben, entschieden. Der Weg von der Arbeitsstätte nach Hause endet regelmäßig nach allgemeinem Sprachgebrauch in der Wohnung. Zum Wege gehört deshalb jedenfalls auch die Treppe in Häusern mit einzelnen, in verschiedenen Stockwerken befindlichen abgeschlossenen Mietwohnungen. Verunglückt ein Unfallversicherter auf der Treppe, wenn er sich nach dem Betrieb begibt oder vom Betrieb zurückkommt, so liegt auch in diesem Falle ein Betriebsunfall vor. Wird der Heimweg von der Arbeitsstätte im eigenen Interesse und zu privaten Zwecken des Versicherten unterbrochen und verunglückt er, so liegt jedoch kein Betriebsunfall vor, wenn diese Unterbrechung längere Zeit gedauert hat oder der Weg nicht unmittelbar von dem Betrieb in die Wohnung oder umgekehrt zurückgelegt wird. Bezieht der Verunglückte z. B. auf dem Heimwege ein Wohnhaus, so wird der Heimweg im Sinne des Gesetzes unterbrochen, wenn der Aufenthalt in der Wohnung von längerer Dauer war. Sucht er jedoch nur vorübergehend eine Gaststätte auf, so ist der Heimweg nach wie vorher nach dem Unfallrecht anzusehen. Bezieht ein Versicherter nach dem gewöhnlichen Wege nach von der Arbeitsstätte ab, so wird dadurch der Zusammenhang mit dem Betrieb nicht gelöst, wenn es sich lediglich um eine für die Dauer des Heimweges unweilendige Veränderung handelt. Es ist ohne Bedeutung, ob der Weg zu Fuß oder mit irgendeinem Beförderungsmittel zurückgelegt wird. Auch diejenige Handlung, die sich unmittelbar aus der Benutzung eines Wagens ergibt, z. B. das Aussteigen der Treppe, müssen als zum Heimweg erachtet werden. Unfälle, die sich durch Spielerei auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte ereignen, sind jedoch nicht als Betriebsunfälle im Sinne des Unfallrechts anzusehen. Wenn besondere Umstände den Unfallversicherter vom Heimwege abbringen oder Ereignisse eintreten, die den Weg von und zur Arbeitsstätte erschweren, z. B. Ueberschwemmung des Weges, so wird es auf den Einzelfall ankommen, ob es sich bei einem entstehenden Unglück um einen Betriebsunfall handelt. Immerhin ist durch das neue Unfallrecht eine Absehung erfolgt, die von den Unfallversicherern bis zur Verringerung des Unfallrechts außerordentlich nachdrücklich empfunden wurde.

Entstauung des Schlichtungsverfahrens?

Der Kampftampf hat zwar mit dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts sein Ende gefunden, nicht aber der grundsätzliche Kampf um die soziale Schlichtung. Hier steht der Kampf nach und die Arbeitgeberseite ist eingeschlossen, der staatlichen Zwangsschlichtung und der Befugnis des Staates, durch seinen Schlichtungsanspruch in die Lohnbildung einzugreifen, auch weiterhin in den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Es handelt sich hierbei weniger um eine grundsätzliche Ablehnung jeder Schlichtung, wie das Verhalten der Arbeitgeber im Lohnkonflikt der sachlichen Schlichtung zeigt. Hier haben die Arbeitgeber den drei beteiligten Textilarbeitergewerkschaften den Vorschlag gemacht, als schwebende Tarifstreitigkeiten einem zentralen Schlichtungsgericht zu unterbreiten, das aus neutralen Persönlichkeiten zusammengesetzt sein soll, die gemeinsam von den Parteien zu bestimmen wären. Welches es diesem Schlichtungsgericht nicht, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, so sollte die Schlichtungskommission einen Spruch fällen, den von vornherein beide Parteien als bindend anerkennen müßten. Zweifellos hat hierbei die Art der Beteiligung des westdeutschen Elementes durch den Schlichtungsanspruch Severings eine Rolle gespielt. Wichtiger aber ist, daß dieser Vorschlag darauf hinausläuft, die staatlichen Schlichtungsbehörden außer Funktion zu setzen und so die staatliche Einwirkung auf Wirtschaft und Lohnbildung in einem wesentlichen Punkte zu untergraben. Die Gegenwärtigen der Textilarbeitergewerkschaften verhalten allerdings dem staatlichen Einfluß dadurch Geltung zu verschaffen, indem sie fordern, daß der Vorschlag des Schlichtungsamtes zum Reichsarbeitsminister, der Befugnis von den Parteien bestimmt werden sollten. Andererseits soll der Schlichtungsanspruch nur dann für beide Parteien bindend sein, wenn er einstimmig beschlossen ist, während beide Parteien zustimmen nur eines Arbeitszeitgesetzes beide Parteien über Annahme oder Ablehnung innerhalb von 24 Stunden entscheiden können. In den praktischen Auswirkungen wird dadurch eine gewisse Gleichheit mit dem bisherigen behördlichen Schlichtungsverfahren hergestellt, indem auf Antrag der annehmenden Partei die zuständige amtliche Stelle über die Verbindlichkeit des Spruches entscheiden soll. So haben zwar die gewerkschaftlichen Gegenwärtigen den Versuch der Arbeitgeber, den staatlichen Einfluß auszuweichen, vereitelt, nichtsdestoweniger muß deutlich und offen betont werden, daß es ein höchst schlüpfriger Boden ist, den man betrat,

der immer die Gefahr heraufbeschwört, daß durch eine Hintertür der alte liberale Grundgedanke, daß die Einmischung des Staates in die Wirtschaft abzulehnen sei, seine Aufrechterhaltung feiert. Je mehr durch die großen Konzentrationsprozesse, durch die Bildung von marktbeherrschenden Monoporganismen die Wirtschaft ihren privaten Charakter verliert und öffentliche Angelegenheit wird, um so stärker hat der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zum Schutz der Allgemeinheit vor den Sonderinteressen der Trusts und Kartellherren in die Wirtschaft einzugreifen. Di Arbeiterpartei hat alle Veranlassung, dieses Recht des Staates auszubauen und von hier aus allmählich der Wirtschaft einen sozialen und gemeinwirtschaftlichen Charakter zu geben.

Kürzung der Arbeitslosenunterstützung infolge gelegentlichen Nebenverdienstes.

Ein Arbeitsloser hat insgesamt für 26 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen. Daraufhin hat der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Arbeitslosenunterstützung eingestellt. Der davon Betroffene hat hiergegen Einspruch eingelegt. Er macht geltend, daß ihm auf die Arbeitslosenunterstützung der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit angerechnet, also die Unterstüzung nur verürzt gewährt worden sei; dies müsse dazu führen, daß die 26 Wochen erst später abgelaufen seien, da das Gesetz einen vollen Bezug während der 26 Wochen voraussetze. Der Spruchsenat hat den Einspruch zurückgewiesen. Auf die Berufung des Klägers hat die Spruchkammer die Sache an den Spruchsenat abgegeben zur grundsätzlichen Entscheidung der Rechtsfrage, ob der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 1 ArbZG. auch dann erschoöpft sei, wenn sie faldenmäßig für insgesamt 26 Wochen gewährt, aber während dieser Zeit zeitweise infolge Anrechnung des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit nicht in voller Höhe bezahlt wird. Der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung hat diese Frage bejaht. Die Entscheidung lautet: „Ist die Arbeitslosenunterstützung für insgesamt 26 Wochen gewährt worden, so ist der Anspruch auf diese Unterstüzung gemäß § 99 Abs. 1 Satz 1 ArbZG. auch dann erschoöpft, wenn die Unterstüzung infolge Anrechnung des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit zeitweise nur verürzt (§ 112 ArbZG.) bezahlt worden ist.“

Diese Entscheidung des Spruchsenates ist folgendermaßen begründet: Nach § 99 Abs. 1 Satz 1 ArbZG. ist der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschoöpft, wenn die Unterstüzung für insgesamt 26 Wochen gewährt ist. Das Gesetz gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, die Vorfrist so auszulegen, daß hiermit ein Bezug von 26 Wochen ungestörter Arbeitslosenunterstützung gemeint ist. Bleibend sind angesichts der uneingeschränkten Fassung des Gesetzes schließlich alle Tage, für welche die Arbeitslosenunterstützung bezogen worden ist, je als volle Einheiten zu rechnen. Danach ist der Zeitraum von 26 Wochen ausschlaggebend, für den der Arbeitslose insgesamt faldenmäßig, sei es auch in nicht fortlaufender Folge die Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, ohne Rücksicht darauf, in welcher Höhe die Arbeitslosenunterstützung während der 26 Wochen gewährt wurde. Die gesetzliche Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung verlängert sich demnach nicht, wenn dem Arbeitslosen gemäß § 112 ArbZG. auf die Arbeitslosenunterstützung der Verdienst aus Gelegenheitsarbeit angerechnet und die Arbeitslosenunterstützung deshalb nicht in der vollen Höhe der Höhe der § 106 ArbZG. bezahlt wird. Das Gesetz enthält keine Vorschrift, die zu einer abweichenden Beurteilung führen könnte. Auch das Schrifttum teilt diese Auffassung (vgl. die Kommentare zum ArbZG. von Weigert, S. 265 Anmerkung II zu § 99; Fischer, S. 498 Anm. 2c zu § 112; Jaeger-Neuburger-Jahrbuch, Band 6, 605 Anm. 4 Abs. 2 zu § 112). Dabei kann dahingestellt bleiben, wie dieser Zeitraum von 26 Wochen dann zu bemessen ist, wenn im Laufe einer Arbeitslosenunterstützung infolge Anrechnung des Verdienstes aus Gelegenheitsarbeit auf Grund des § 112 ArbZG. zeitweise überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Die Gesetzesauslegung der Spruchkammer war demnach zu bestätigen.

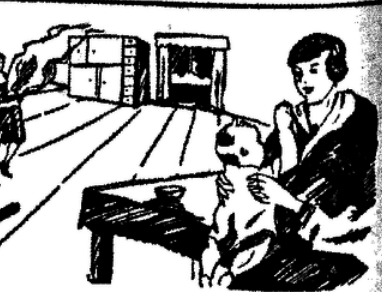
Wir können uns nicht vorstellen, daß dieser Spruch in seiner Auswirkung für die Arbeitslosen einen Anreiz, sich nach Gelegenheitsarbeit umgesehen, darstellen wird.

Die Arbeit in Mittel- und Großbetrieben.

Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben (über 50 Arbeiter) wesentlich größer als die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Mittelbetrieben (4 bis 49 Arbeiter). In Mittelbetrieben wurden an männlichen Arbeitern 1708 257 gezählt gegen 466 281 in Großbetrieben und das Verhältnis der weiblichen Arbeiter ist 403 069 und 428 918. Bei den männlichen Angestellten sind die Zahlen 421 917 und 751 174 und bei den weiblichen Angestellten 292 483 und 309 376. Deutlich kommt in diesen Zahlen die Konzentrationsbewegung der Wirtschaft und des Kapitals zum Ausdruck. Anders ist das Verhältnis nur bei den Jugendlichen. Hier sind die Zahlen zum Teil sogar umgekehrt, indem die männlichen und weiblichen Angestellten in den Mittelbetrieben zahlreicher als in den Großbetrieben vorhanden sind. Bei männlichen Jugendlichen Arbeitern sind die Zahlen ungefähr gleich. Bei weiblichen Jugendlichen Arbeitern ist die Zahl in den Großbetrieben doppelt so hoch wie in den Mittelbetrieben.



Leben im Familien



Die Kollaine 1)

Von Rudolf Greng.

Ein helber Sommertag. Der Schnellzug der Südbahn fuhr Isoblen in die Station Steinach am Brenner.

Eine Minute Aufenthalt. Knapp vor Abfahrt des Zuges fürzte mit großen Schritten atemlos und leuchtend ein bagerer, frohger Buerer auf den Perron.

„Wia! Wia! mi aa mit!“ schaute er. Der Kondukteur schob ihn zur nächsten Kuppel hin. Ein Biß der Lokomotive, und dahin ging es wieder.

Der Broster Wuch stand im Korridor eines eleganten Durchgangswagens der zweiten Klasse.

Der Wuch war ein hübscher und hauchte auf einem abgelegenen Einheitsort im Pferschtal drinnen. Mit der Bahn war er in seinem ganzen Leben höchstens drei, oder viermal gefahren. Diesmal hatte er wegen einem Holzhandel in Steinach zu tun gehabt.

Sonderlich kultiviert sah der Broster Wuch nicht aus. Seit mindestens vier Wochen war er nicht mehr rasiert.

In dem Korridor befanden sich zahlreiche Reisende. Sie saßen zu den Fenstern hinaus und musterten den Anstimmung gerade nicht mit freundlichen Blicken.

Der Wuch lächelte mit einem „Gräß! Gott!“ sein Häut, bekam aber keine Antwort. Er schob sich ungeschickt durch die Reisenden durch und ging ins nächste Weiteil. Dort ließ er sich behaglich auf dem gepolsterten Sitz nieder, streckte beide Beine von sich und machte erleichtert: „Jah wohl!“

Er fand da allerhand zu bewundern. Schließlich blieben seine Blicke an dem roten Geiß der Kollaine und dem damit verbundenen Apparat haften.

„Was is denn das da?“ fragte er.

„Die Kollaine!“ antwortete ihm ein Herr, ein stämmiger Buerer.

„Was?“ fragte der Wuch noch einmal.

„Die Kollaine!“ erklärte ihm der Buerer. „Da kann man ziehen dran, wenn man was braucht!“

„Wia giach?“ fragte der Wuch interessiert und wollte gleich einen Versuch machen.

„Nehmen Sie das mal sein, guter Mann!“ hielt ihn der Herr aus Berlin zurück.

Der Wuch setzte sich wieder. Schaute aber unermüdet nach der Kollaine. „Wia muach man denn da giach n dran?“ fragte er nach einer Weile stummer Betrachtung den Buerer.

„Ganz einfach! Da zieht dran wie an einem Seid. Dann pfeist vorn die Lokomotive, und der Zug bleibet stehen!“ erklärte ihm dieser.

„Ah wohl, stehn bleib'n?“ Der Wuch sperrte Maut und Augen aus. „Und nachher, was geschieht nachher?“ fragte er.

„Nachher kommt der Kondukteur nachschauen, was d' will!“ belehrte ihn der Buerer.

„Der Kondukteur der verfluacht!“ Der Wuch griffte hochhaft. „Dös hat der mir nit (sagen können, der Bahnerer), der molestlich!“ Da brauch i ja lei da dran j' giach, bald i aussteigen will in Pferschtal (ist) halt' i ja der Zug!“

„Mätschlich!“ bestärkte ihn der Buerer. „Brauchst nur zu ziehen, dann haltet der Zug.“

Der Berliner wartete dem Buerer einen mißbilligenden Blick zu. Er hielt es aber offenbar für nicht der Mühe wert, sich in das Gespräch einzumischen, und vergrub sich völlig hinter seiner Zeitung.

„Sieht dös da droben gedruckt, daß i giach n kann, wann i mag?“ erkundigte sich der Wuch nach einer Pause.

„Freilich! Kannst mit lesen?“ erwiderte ihm der Herr aus Bueren.

„Na. Dös is kateinisch!“ Dös kann i nit lesen!“ erklärte der Wuch.

Am Brenner verabschiedete sich der Buerer vom Broster Wuch und stieg aus. Der Wuch setzte sich nun dem Berliner gegenüber und sah eifrig zum Fenster hinaus.

Als man in Schelleberg war und das malerisch zu Füßen liegende Gossensah sah, wurde der Wuch ganz aufgereg. Er erhob sich und hielt sich mit der einen Hand an dem Gepäck fest, das über seinem Reisegepäck war. Als der Zug kurz darauf in einen Tunnel fuhr, wies der Wuch bei einem Paar dem Berliner auf den Schah gefahren.

„Sehen Sie sich doch! Sie haben ja noch lange Zeit!“ meinte der Ärgertlich.

„Kool! Ich bin ich gleich dahoon!“ erklärte der Wuch.

„Unfinn! Der Zug mach' ne große Kurve und kommt dann erst nach Gossensah!“

„I stieg in Pferschtal ab!“ Der Wuch sah tourend zum Fenster hinaus und griff schon an die Kollaine.

„Sie werden doch nicht wirklich die Kollaine ziehen!“

„Freilich! Sinkt immer i ja nit auf.“

„Aber das dürfen Sie doch nicht! Das ist ja verboten!“ Der Wuch hörte gar nicht auf ihn. Der Zug fuhr in den letzten Tunnel ein, der vor der halbkreisförmigen Pferschtal mündet. Der Wuch stand unbeweglich still und hielt die Hand griffbereit. Im Kuppe war es noch dunkel. Dem Berliner ward ungemächlich.

„So sehen Sie sich!“ rief er. „Sie werden noch auf mich fallen!“

„I gib schon Obacht!“ murmelte der Wuch.

„Hören Sie, Mann, Sie dürfen nicht ziehen! Das ist strenge unterjagt!“

„Dös giach i nit! Wann's da heroben druck steht, ist dös i 's aa unan!“

„Nein! Da ist nur gedruckt, daß Sie im Falle äußerster Notwendigkeit ziehen dürfen!“

„Sieht es!“ triumphierte der Wuch. „Jah sagst es ja selber! Dös wird do a Notwendigkeit sein, wenn i aussteigen will!“

„Ne! Das ist noch lange keine!“ Es wurde immer lichter im Tunnel. Schon konnte man draußen den weißen Rauch erkennen. Der Wuch nahm seinen Rock und Stiefel an und wollte jetzt die Kollaine ziehen. Der Berliner hielt ihn am Arm fest.

„So nehmen Sie doch Verstand an!“

„Nicht mi aus oder nit, herrlicher Tropf, verfluacht!“ Der Wuch rief sich los.

„Sie werden eingesperrt!“ Der Berliner stellte sich vor dem Fenster auf und wollte den Wuch zurückdrängen.

Der Wuch wurde müde. „Jah hab' i 's aber satt!“ schrie er. „Du damischer Japsen! Geacht' a d' epper!“

„Dami! Ich hab' er dem Berliner einen kräftigen Stoß vor den Bauch, daß dieser wie betäubt in eine Ecke fiel, und sich dann aus Leibesträßen an der Kollaine.

Schritte pfeiften. Leuchten der Bremsen und Klirren der Räder. Ein schillernder Rauch. Der Zug stand still.

Man hatte gerade die halbkreisförmige Pferschtal passiert. Draußen aufgeregte Stimmen. Ungläubige Rufe der Passagiere.

Der Kondukteur, gefolgt vom Zugführer und Kontrolleur, der heute zufällig den Zug begleitete, stürzte in den Wagon, wo der Wuch bereits ganz ruhig am Korridor stand und wartete, bis ihm aufgemacht würde.

Der Kondukteur schob den Wuch beiseite und stürzte in das Weiteil, wo der Berliner ganz rot und verärgert lag.

„Wer hat die Kollaine gezogen?“ herrschte ihn der Kondukteur an. „Sie haben die Kollaine gezogen?“

„Jah...“ Der Berliner ist so empört, daß er vorerst kein weiteres Wortchen herausbringt und nach Luft schnappen muß.

Der ganze Korridor ist dicht gedrängt von Reisenden. „Warum haben Sie die Kollaine gezogen?“ brüllt nun der Kondukteur heiser dem Berliner an.

„Das wird Ihnen teuer zu stehen kommen!“ schrie der Zugführer auf ihn ein.

„Wenn nicht ein Fall äußerster Notwendigkeit —“ erwidert der Kontrolleur. „Warum haben Sie die Kollaine gezogen?“ Herr! Wollen Sie uns jetzt gefälligst doch antworten?“

„Ich hab' teene Kollaine gezogen!“ bringt der Berliner endlich müde heraus. „So, ne Kollaine!“

„Sie, Herr! Wähigen Sie sich!“ schreit der Kontrolleur auf ihn ein, aus dessen diesem Gesicht die Augen vor lauter Aufregung und Angrim unheimlich hervorstechen.

„I möcht' amal auf!“ rief sich nun die Stimme des Wuch am Korridor vernahmen.

„Der Mann da —“ rief der Berliner schwer atmend und deutet auf den Wuch.

„Was ist's mit dem da? Ein Raubüberfall?“ Der Zugführer packte den Wuch beim Kragen. Die Reisenden auf dem Korridor zogen sich schon zurück.

„Nicht mi aus oder nit!“ Der Wuch wurde hochsteufelstolz und gab dem Zugführer einen Schupser, daß er fast der Länge nach auf den Boden gestürzt wäre.

Nun wollen sich mehrere Herren unter den Reisenden auf den Wuch stürzen, der nach allen Seiten träge Pfeile ausstieß.

„Auch, meine Herrlichkeiten!“ legte sich der Kontrolleur ins Mittel. „Das ist ein harmloser Buerer. Der begeht keinen Raubüberfall!“ Dann wandte er sich abermals an den Berliner: „Nun frage ich Sie zum letztenmal, warum haben Sie die Kollaine gezogen? Glauben Sie, daß Sie uns hier zum besten halten können! Herr! Sie werden für die Folgen aufkommen haben!“

„Ich hab' ja nicht.“ Der Berliner lacht ordentlich vor Wut.

„I hab' anjogen!“ erklärt da der Wuch vollkommen ruhig.

„Warum?“ schreit ihn der Zugführer an.

„Weil i auch mücht!“

„Das gib's nicht!“ brüllte der Kontrolleur.

„I wegn was laß's es denn nachher aufdrud'n, daß man giach n soll!“

„Das steht nicht droben!“ der Kontrolleur.

„Freilich steht's droben!“ der Wuch.

„Nehmen Sie dem Mann gefog, daß er die Kollaine ziehen soll!“ herrschte der Kontrolleur den Berliner an.

„Die! Humungus verdirt' ich mir!“ rief der Berliner empört. „Ich verlange das Befehlserbeud! Unerhört!“

„Der heezt daß mi schon ob'wehrt!“ verfluchte der Wuch. „Aber es hat ihm nit g'nut!“

„nen Stoß vor'm Bauch hab' ich bekommen dafür!“ berichtete der Berliner gornig.

„Sie werden arreliert werden!“ herrschte der Zugführer den Wuch an.

„Dah!“ machte der Wuch. „I stieg' ich aus, und Des mach's mi auch lassen! Der heerr, der am Brenner aussteigen is, hat mir's ganz genau erklärt, daß i grab' i giach n brauch, wenn i in Pferschtal aussteigen will!“

„Wer war der Herr?“ erkundigte sich der Kontrolleur.

„I recht a feiner, kunnobber' heerr!“ erklärte der Wuch.

„Ein Spohnvogel!“ legte der Berliner grimmig.

„Namen?“

„Wech is nicht!“

„I woach es aa nit!“ legte der Wuch und drängte sich plötzlich ganz unermüdet durch den Korridor. Er hatte bemerkt, daß die Waggontür nun offen stand. Am Fu war er draußen.

Kondukteur, Zugführer und Kontrolleur stürzten ihm aufgeregt nach und hielten ihn mit Gewalt zurück.

Der Bahnwärter in Pferschtal konnte den Wuch zufällig nach einem eiligen Hin und Wieder, währenddessen der Kontrolleur vergebens konstatierte, daß man schon über zehn Minuten Verpöpfung habe, wurde der Wuch gegen Angabe seines Namens und Wohnortes entlassen.

Der Zug setzte sich wieder in Bewegung, nicht ohne daß dem Wuch von seinen des begleitenden Bahnpersonals noch ein paar träge Pfeile nachflogen.

Das trankte dem Broster Wuch jedoch nicht im geringsten. Er lächelte sein Häut und wachte dem Zug geistlich grinsend nach. Als er, während der Zug gerade ins Rollen kam, den Berliner an seinem Kuppelfenster erblickte, der ihn finster anstarrte, da schrie der Wuch mitten in das Schrauben der Lokomotive und das Rollen der Wagen hinein, so laut er konnte, gegen den Berliner: „Nig für unguat, heerr!“

Die Geschichte hatte noch ein kleines Nachspiel am Steinger Bezirkgericht, wohin der Broster Wuch über Anzeige der Bahnverwaltung vorgeklagt wurde.

Die Verhandlung endete jedoch mit seiner Freisprechung, da ihm kein Beweis erbracht werden konnte, daß er sich irgendeine des Strafbaren seines Vergehens bemüht gewesen wäre. Den eigentlich Schuldigen hat man natürlich nicht erwacht.

Rüche und Kultur.

Rund 12 Millionen Frauen sind heute erwerbstätig und von diesen 12 Millionen erwerbstätigen Frauen sind 7 verheiratet. Millionen Frauen sind also der doppelten, ja dreifachen Belastung der Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung ausgelegt.

Da ist die Erleichterung der Haushaltsarbeit eine überaus bedeutende soziale Aufgabe. Mit der praktischen Ermessung der Wege, die da täglich zwischen Herd und Schrank und Tisch und Wasserleitung zurückzulegen sind, ist es nicht getan. Ohne die Technisierung des Hausbaus wird die Erleichterung nicht erlangen.

Iur Technisierung aber gehört elektrische Kraft, und die ist teuer und für sie sind die Einkommensverhältnisse nicht so günstig, wie wir sie in Deutschland haben, so schlecht.

In Amerika, wo andere Einkommensverhältnisse andere Kulturverhältnisse ermöglichen, da hat auch die elektrische Kraft trotz hoher Tarife ganz anders als bei uns ihren Einzug in die Wohnung gehalten.

In Minneapolis hat man die Verbraucher elektrischer Kraft in fünf Gruppen eingeteilt, und zwar nach dem Einkommen, und da hat man gefunden, daß in dieser amerikanischen Stadt selbst in der ärmsten fünften Gruppe noch jede vierte Familie einen elektrischen Staubsauger hat und daß unter 100 Familien dieser ärmsten fünften Gruppe 81 sind, die ein elektrisches Blättelchen besitzen. So haben auch elektrische Wäschmaschinen die Rüche und die elektrische Räumreinigung dort eine ganz andere Verbreitung als bei uns in Deutschland.

Bei unsere Einkommensverhältnisse noch so ungenügend sind, darum sind täglich bei uns 10 Millionen hauswirtschaftlich beschäftigte Menschen in Arbeit tätig, die durch elektrische Kraft wesentlich erleichtert werden kann, und unter diesen 10 Millionen hauswirtschaftlich beschäftigten Menschen sind rund 5 Millionen Frauen, die außerordentlich noch so ungenügend, darum werden Millionen von Arbeitsstunden im deutschen Volke täglich für die für andere Aufgaben, für Bildung, für Erziehung der Kinder, für Erholung und Naturgenuss zu verwenden sind. Nur aus dem Sozialen heraus kann die Kultur wachsen.

Luettote aus Nassau.

„Gib mir, bitte, zwei Marti!“

„Ich habe keinen Pfennig bei mir.“

„Gib mir also eine Zigarette.“

„Du weißt, ich bin Nichtraucher.“

„Nun, dann sag mir wenigstens, wie spät es ist...“

Die Wilden auf der Hochzeit.

Die Mutter las ihren Kindern eine Geschichte von den afrikanischen Wilden vor. Darin hieß es: „Für meine Durcheinander entstand das Land. Ein großer Stammelb, häßlichen sie nach den aufgeregten Kuppeln einer abrennenden Ruche.“

Als die Mutter diese Stelle gelesen hatte, kam dem kleinen Kurt die Erinnerung, und er rief: „Ach, Mütter, das ist ja auf Tante Karas Hochzeit gewesen.“

1) In geflügelter Form. 2) Bahnbediensteter. 3) dann. 4) kateinische Buchstaben. 5) Kerl. 6) etwa. 7) umgänglich.

Du sollst du sein!

Es mehr als dieser wirtschaftliche Entwicklungsprozess... Du sollst du sein! Ein ganzer, ein lebendiger, unsterblicher Mensch...

Der Philister.

Der Philister ist die hemmende Kraft dieser vorwärts wühlenden Zeit. Er ist der ewig Zufriedene, Satte und Selbstgerechte...

zum Problem der Arbeit verheirateter Frauen.

(I) Eine der Fragen, die die diesjährige Sitzung des gewerkschaftlichen Frauenkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) behandeln wird...

heiratete arbeitende Frau nur ungern gebildet wird. Ihre Arbeit wird nur gutgeheißen, wenn sie aus Not geschieht.

Die Stellungnahme der Genossin Wibaut veranlaßt die holländische Kollegin L. von Egten zu einer Erörterung, bei der besonders die von der Genossin Wibaut aufgestellte Forderung unter die Lupe genommen wird...

Sorgen wir, so ruft Genossin von Egten aus, zunächst einmal für näherliegende Dinge, wie die bessere und rationellere Organisation des Haushaltes...

Das auf dem Gebiete der Organisation des Haushaltes in der Tat noch viel zu leisten ist, zeigte sich kürzlich auf einem in den Vereinigten Staaten abgehaltenen Kongress...

Einen scharf gegen die Frauenarbeit gerichteten Ton schlägt im Organ der niederländischen Diamantarbeiter H. Potat an. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf das von der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz aufgestellte Programm...

Es ist begreiflich, daß Arbeitgeber zu solchen Schritten kommen. Was haben jedoch wir damit zu schaffen? Ist die Herstellung und der Absatz solcher Kummelwaare unsere Sache?

Zum Schluß verweist H. Potat auf die Stellungnahme von Bernhard Shaw in seinem „Beweiser für die intelligente Frau zum Kapitalismus und Sozialismus“...

Im „Le Proletaire“ kommt Bondas, Sekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes, auf die Ausführungen der Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu sprechen.

„Die Gründe der Gegnerschaft gegen die Frauenarbeit sind zahlreich. Die wichtigsten Einwände sind, daß die Frauen im allgemeinen Arbeit zu viel zu niedrigen Löhnen annehmen...

Bondas schließt mit einer Feststellung, die ohne Zweifel die Grundlage zur Lösung aller mit der Frauenarbeit zusammenhängenden Probleme ist: „Die Frauen müssen zunächst einmal in möglichst hohem Maße gewerkschaftlich organisiert werden.“

1000 wertvolle Bücher umsonst!

Preisausgaben zum Tag des Buches! Am 22. März 1929, dem „Tag des Buches“, veranfaßt die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißundstraße 5, ein Preisausgaben...

Die Steigerung der Erwerbstätigenzahl seit 1925.

Der Konjunkturrückgang in Verbindung mit saisonmäßigen Einflüssen trifft den deutschen Arbeitsmarkt um so härter, weil die Zahl der Arbeitssuchenden von Jahr zu Jahr in hartem Steigen begriffen ist. Allein in Konjunkturzeiten ist es möglich, die zunehmende Zahl der auf Erwerb Angewiesenen bzw. Erwerbsuchenden in der Produktion unterzubringen, während in Zeiten des Konjunkturrückgangs die Arbeitslosigkeit durch die Zunahme der Erwerbstätigen vergrößert wird. Die Zahl der Erwerbstätigen im Deutschen Reich war nach Angaben der Berufsberatung von 1925: 31,9 Millionen. 1926 kamen 421 000 auf Erwerb Angewiesene hinzu, 1927: 401 000; diese beiden Erwerbsuchenden wurden im Herbst 1927 durch den Konjunkturrückgang in der Produktion untergebracht, 1928 kamen 432 000, 1929: 376 000 neue Erwerbsuchende hinzu. Der Anstieg der Arbeitssuchenden wird allerdings durch die Auswanderung jährlich um mehrere Zehntausende vermindert. Die Zunahme der Arbeitssuchenden wird — unter Berücksichtigung der Sterblichkeitsverhältnisse und der Geburtenüberschüsse — nach bis einschließlich 1931 an dem neu 1930 sollen 369 000, 1931 107 000 Personen neu ins Erwerbsleben treten. Erst 1932 wird sich der Anstieg der Geburten während der Kriegsjahre auf dem Arbeitsmarkt durch eine Abnahme der Erwerbsuchenden auswirken. In diesem Jahre dürfte die Verminderung 82 000, 1933: 121 000, 1934: 117 000 Personen ausmachen.

Die Konzentration des Reichtums im Spiegel der Vermögenssteuerstatistik.

Wie aus der jüngst veröffentlichten Statistik über die Vermögensverteilung im Jahre 1925 hervorgeht, war in diesem Jahr in Deutschland ein steuerpflichtiges Hochvermögen von über 108 Milliarden Mark vorhanden. Davon entfielen nicht weniger als 54 Proz. auf die großen Vermögen von über 100 000 Mark. In die Gruppe von 100 000 Mark bis eine Million gehörten 106 000 Personen und Körperlichkeiten = 41 Proz. oder Vermögenssteuerpflichtigen, die aber mit 26,4 Milliarden Mark einen Anteil von 26 Proz. an dem steuerpflichtigen Gesamtvermögen hatten. Steuerpflichtige mit einem Vermögen von mehr als einer Million Mark gab es 7296, das sind 0,56 Proz. der Steuerpflichtigen, die aber nicht weniger als 28 Proz. des steuerpflichtigen Gesamtvermögens mit 27,4 Milliarden Mark auf sich vereinigten. 4,65 Proz. der Steuerzahler besaßen nach dieser Statistik mit einem Vermögen von 55,8 Milliarden Mark nicht weniger als 54 Proz. des gesamten steuerpflichtigen Vermögens.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Zum 13. Verbandstag, der vom 28. bis 31. Mai in Hamburg stattfand, lag der Zentralverband der Hotel-, Restauration- und Café-Angestellten ein. Die Tagesordnung besaß sich u. a. bei Punkt 3 mit der Alters- und Invalidenunterstützung.

Genossenschaftswesen

Die Konsumgenossenschaften im Kalenderjahr 1928.

Zur Kalenderjahresstatistik 1928 berichteten dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 996 Genossenschaften, gegen 1026 im Vorjahre. Die Zahl der angeschlossenen Vereine ging, größtenteils infolge Verschmelzungen, von 1086 auf 1025 zurück. Der Rückgang der Mitgliederzahl von 2 932 175 auf 2 696 786 beweist, daß der Ausschub der Volkswirtschaft aus der Inflationszeit ungenügend nachgefolgt ist. Der Erlös aus eigener Verfertigung erhöhte wieder eine starke Zunahme: von 982 Millionen Mark auf 1124 Millionen Mark. Je Mitglied stieg der Umsatz von 334,96 M. auf 388,26 M. Die Geschäftsaufgaben stiegen von 44,4 Millionen Mark auf 53 Millionen Mark, je Mitglied von 15,15 M. auf 18,32 M., in Prozenten des Jahresumsatzes von 4,52 auf 4,72. Die Spareinlagen stiegen von 207 463 895 M. auf 297 484 312 M., je Mitglied von 70,75 M. auf 102,70 M.

Rundschau

Eindeutiger Jahreshochwert und Jahreshochwert „Friede auf“ die „Gewerkschafts-Zeitung“ mittels, haben zwischen der Verwaltung der Eindeutiger Jahreshochwert-N. O. und dem Jahreshochwert „Friede auf“ Offenbare Verhandlungen stattgefunden mit dem Ziel eines weitgehenden Zusammenwirkens bzw. einer teilweisen Verflechtung beider Unternehmen. Als vorläufiges Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Bereitwilligkeit beider Teile zur Verflechtung der Produktionsbetriebe erreicht worden. Die Verhandlungen über Einzelheiten der Durchführung, von deren günstigem Ergebnis der tatsächliche Zusammenstoß abhängig gemacht werden soll, werden in Kürze aufgenommen werden.

Erhaltung der Altswohnungen. In einem Rundbrief des preussischen Volkswohnungsausschusses vom 24. Januar 1929 — II B 294 — wird auf die Wichtigkeit rechtzeitiger Eingetretens und vorbeugender Maßnahmen zur Erhaltung der Altswohnungen hingewiesen und zu diesem Zweck eine planmäßige und regelmäßig wiederkehrende amtliche Besichtigung der Wohnungen empfohlen. Wo die Hauseigentümer die Instandsetzungsarbeiten nicht ausführen können, soll in dringenden Fällen mit öffentlichen Mitteln (Darlehen aus Sparkassen und Kammereisen der Gemeinden) geholfen werden. Auch kann ein Teil des Hausinhabersvermögens nach den Richtlinien vom 12. Juli 1926 hierfür in Anspruch genommen werden. Wo die Mittel zur Anstellung beamteter Kräfte nicht ausreichen,

sollen ehrenamtliche Helfer herangezogen werden. Den Bezirkswohnungsausschüssen wird in dem Erlaß zur besonderen Pflicht gemacht, sich bei allen ihren Besichtigungsreisen über die Art und Zweckmäßigkeit der in den Gemeinden getroffenen Einrichtungen zu unterrichten.

Vom dichterischen Schaffen. Bängst hat die Zeitschrift „Die literarische Welt“ eine interessante Umfrage bei namhaften Schriftstellern und Dichtern veranstaltet. Sie versuchte durch Vorlegung eines Fragebogens die Technik der künstlerischen Schaffens kennenzulernen. Es wurde also gefragt: Wie kam Ihnen der erste Einfall zu einem Werke? Wie figuriert Sie den ersten Einfall? Haben Sie ein Notizbuch bei sich? Arbeiten Sie zu bestimmten Stunden oder Tageszeiten? Haben Sie bestimmte Gewohnheiten hinsichtlich des Schreibmaterials des Manuskripts usw.? Bedeutende Männer, wie Thomas Mann, Herbert Eulenberg, Walter von Molo, Ernst Toller, Stephan Zweig, beteiligten sich an der Umfrage. Die Antworten geben einen guten Einblick in die Werkstätten der Dichter: in die geistige, die das Gehirn vorstellt, und die mechanische, die hauptsächlich vom Schreibtisch gebildet wird.

Der gewöhnliche Sterbliche wird die Zukunft besonders beachten, die auf die Frage nach den Anregungsmitteln, den Stimulanten für die geistige Tätigkeit, gegeben worden ist. Alle Rufensprüche sind sich eigentlich darin einig, daß es ohne ausreichenden Schlaf überhaupt nicht geht. Einige, z. B. Bruno Franke, Heinrich Ed. Jacob, legen sich für den Rassee ein, weil er sie länger arbeitsfähig erhalte. Mehr Freunde hat die Zigarette. Toller, Thomas Mann, Walter von Molo rauchen viel bei ihrem Schaffen. Ob das Risiko in der künstlerischen Produktion förderlich ist, geht daraus allerdings nicht hervor. Vermutlich handelt es sich nur um eine starke Gewohnheit, die eben während der geistigen Arbeit nicht abgetrennt werden kann. Für den Alkohol legt kein einziger der Dichter eine Ranze ein. Die meisten lehnen ihn ausdrücklich als fördernd und hemmend ab. Einer bemerkt ihn lediglich, um eine künstliche Ermüdung herbeizuführen, also als eine Art Schlafmittel. Keiner hat jedenfalls mit den „geistigen“ Getränken seinen Geist beschwippt.

Bücherei

„Wundheil“, Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenanstalten e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 121.

Auch die Würdigung dieser lehrreichen Zeitschrift bringt, wie immer, eine Anzahl interessanter Verbindungen und zwar: Dr. Charlotte Höpcke: „Kinder und Wälder in der grünen Sprechstunde“; Dr. Rind: „Aus der Kumpelkammer des Bewusstseins“; Dr. Manasse: „Einfluß von Klimaveränderungen auf die Säug- und gewerbliche Schädigungen der Kinder“; Dr. med. G. H. Schneider: „Leber Ergänzungsdrüsen“; Dr. Martin Ullrich: „Eind Konkrete wertvolle Nahrungsmittel“; Sanitätsrat Dr. Gräber: „Schwämme“; Dr. Warthe: „Die Frau in der deutschen Sozialpolitik“ u. a. m. Die Zeitschrift wird an den Postämtern der Krankenkassen den Vertriebsstellen unentgeltlich ausgedruckt.

„Sozialistische Arbeiterjugend“, Ziele und Aufgaben. Von Erich Ollenbauer. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8, 1929. Kartiert 0,40 M. Soeben erschien im Arbeiterjugend-Verlag eine kleine Schrift, die in der jetzt bevorstehenden Herbstarbeit für die Sozialistische Arbeiterjugend unter den Schulkindern ausgebreitet werden sollen. Der Vorrede der Sozialistischen Arbeiterjugend, Genosse Erich Ollenbauer, behandelt in dieser Schrift in einfachen, feinfühlerischen Ausführungen Ziele und Aufgaben der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Seine Darlegungen gewähren einen guten Einblick in das vielgestaltige Gemeinschaftsleben der sozialistischen Jugendgruppen, so daß sie jeden jugendlichen Leser anregen werden, diese Bewegung aus eigener Anschauung kennenzulernen und ihrem Leben selbst Anteil zu nehmen.

Wenn die Schrift auch in erster Linie als Werbeflyer gedacht ist, so gibt sie doch auf der anderen Seite eine so gute Einführung in die Gedankenwelt der sozialistischen Jugend, daß sie jedem, der sich näher mit den Zielen und Aufgaben der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung beschäftigen will, eine wertvolle Hilfe sein wird. Das gesamte Werk wird reichlich unterrichtet durch eine gute lehrreiche Illustration, insbesondere durch die reiche Ausstattung. Auf acht kunstvoll gezeichneten Illustrationen zeigt der Autor das Leben und Treiben der sozialistischen Jugend im Heim, auf Wanderungen, bei Sport und Spiel und auf den großen Jugendtagen und Kundgebungen. Die Schrift wird daher nicht nur in den Organisationsstellen der Arbeiterbewegung als gutes Werbemittel großen Wertes finden, sie ist auch empfehlenswert für alle Eltern und Freunde der Jugend, die den jetzt zur Entlassung kommenden Jungen und Mädchen für einen guten Weg zu einem guten Bürgergeheim machen wollen.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

„Zeit“. Ein Roman von Romanos. Es ist sehr schwer, etwas über diese Roman zu schreiben. Er spricht einem Gedicht aus, das tiefste, tiefste, tiefste Freude und unendlicher Liebe, und man fühlt, eine Geschichte ist fast unmöglich, es Worten zu lassen. Ein „Erdbeben“ also? Ja, der Roman erzählt, vollkommener Leidenschaft mit ungelächter Melancholie dem Vergessen treiben. Diese Empfindungen haben fortwährend aufeinander, vermissen sich und treiben die beiden jener Zustand des Gemüts, den wir alle kennen: diese seltsame quälende Spannung aus Worten, Schmutz, Mangelhaftigkeit und Verwirrung. Welche brauchen unendlich lange die Arbeit, damit die Herzen, alles bereit zu sein, und ein jeder Abend grüßt am Ende mit heller glänzenden Sternen.

Alle die einzig alle Geschichte? Und doch ist sie einzig neu. Wir leben anders als unsere Großeltern, aber wir leben. Und wir leben auch „Schmerz“. Jeder leidet, wo sie sich am Euland tragen, wenn diese Roman in geschrieben sind wie der Roman „Zeit“ von Romanos. Ah, dieser ungelächter Leidenschaft kommt, noch keine Worte haben oft in und trotzdem bereits zu den besten Seiten dieses Roman gehört, wie er erzählt: Wie einfach er das macht! Was ist es, was diesen schönen Mädchen der Stadt, an, was ihr Schicksal, was alles so stark stürzt und nicht verheißt, daß sie noch ein Kind ist, das leben will und froh sein! Aber plötzlich sind und die beiden brennen, wir leben mit ihnen und leben mit ihnen.

Bis in die tiefste Verwirrung sinken wir mit ihnen, aber wir hoffen immer noch, daß diese beiden können und guten und schöner anders. Gedächtnis glücklich werden. Fast geht es um wie jenen. Gedächtnis in Ungarn, die den Roman „Zeit“ in lauten Fortsetzungen zu lesen hatten und die gegen die immer ungewisser und spannen der werdende Erde zu aufgeben erklärten, sie würden, können diese beiden Menschen nicht loslassen, das sie verdienen, den Ausgang dieses Romans anders legen und den Dichter korrigieren.

Ja, so ein Roman ist das. Er ist wie arbeitsames Spiel. Mächtige Wärme rauchen, Knechtchen tragen nach dem Rindfleisch, und die Dichter haben. Der Krieg soll hinter dem Horizont. Auch er bezieht sich aufdringlich. Der Dichter soll ihn, aber ohne Gefahr. Und die Patrioten werden von ihm mit Nachdruck belächelt. Die fällt ein lautes Wort, und bis zum Ende ist alles wie ferne Musik. Mächtig legt man das Buch aus der Hand, und eine untergeordnet schöne Erinnerung macht uns froh und lächelnd.

Den Roman, den die Fächerstraße Gutenberg Verlag, als den neuem ausgestellten Drei-Mark-Band herausbringt, hat Alexander von Sacher-Masoch auf dem ungelächterlichen Euland Sacher-Masoch ist nicht nur der Geist eines berühmten Dichters, nicht nur der Erbe eines unterirdischen Namens, er ist selbst ein Dichter und mehr, was es heißt, einen so feinen und feinfühlerischen Worten wie Johannes Romarok zu überlegen. Der ersten deutschen Uebersetzung eines Romarok wurde mit einem Nachwort zu „Zeit“ ein Schmuckbogen gebaut, durch den hoffentlich auch diese Romane dieses ungelächterlichen Träbers in die Bewunderung und Liebe der deutschen Leserschaft einziehen.

Fachlehrbücher.

- A. Für Sattler.
- Der Sattler als Zuschneider (Wagenstern) . . . 5,-
 - Das Lederfärben . . . 2,-
 - Der Wagenadler . . . 1,-
 - Geldzettel und Sätele aller Arbeitstiere . . . 4,-
 - Der Sattlerlehrling. Mit 84 Textabbildungen. Geb. . . 1,20
 - Lehrbuch für Kofferfasser und Tischner. Mit Originalschnittmustern . . . 12,50
 - Einmalegen. Mit 165 Abbildungen. Geb. . . 6,-
 - Der Treibriemenfasser (Fisch) . . . 7,50

- B. Für Tapezierer.
- Die Anfertigung der Auflegematrizen . . . 2,-
 - Das technisch-praktische Polstern (Engelhardt) . . . 8,-
 - Die Fleckenreinigung . . . 1,-
 - Der Tapeziererlehrling. Mit 60 Abbildungen. Geb. . . 1,20
 - Der Tapezierer. Mit Atlas. Geb. 16,-, brosch. 12,-
 - Zusätze und Anfertigung von Dekorationen (H. Redermann). Eleganz gebunden . . . 20,-

C. Für Porzellaner.

- Rechenbuch für den Porzellaner und Kolonialkeramiker an Berufs- und Fachschulstellen, 1. Teil, gebunden . . . 1,50
- Beispielchen, 2. Teil, gebunden . . . 2,-
- Bestellungen bei Bruno Engel, Berlin SO. 14, Reichswehrstraße 14 II.
- Um unnötige Portofaktoren zu ersparen, erlauben wir bei kleineren Objekten vom vorherige Einlegung des Betrages.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 11. März bis zum 17. März ist der 11. Verbandstag fällig.

Dem päpstlichen Papst fällt das Delegationsplakat teilhaftig.

Warnung vor Schwindlerbänden.

Kollegen! Kolleginnen! Jetzt werden in Orts- und Bezirksstellen der deutschen Gewerkschaften Schwindlerbände gebraucht, die aus das gute und die mangelhafte Kenntnis der statistischen Bestimmungen seitens der Ortsstellen spezifizieren und die zum Teil um große Beträge betrogen haben. Trotz an Reife der Gewerkschaftsunterstützung nur in Form der Reklamation geklärt werden darf, haben sich mehrere Kollegen anderer Verbände in der plumpsten Art belästigen lassen und haben auf einmal für längere Zeit belästigungsfähig ausgegibt.

Die Bände operiert meistens mit ausländischen Geldbeträgen, die entweder gestohlen oder gefälscht sind und wird versucht, auf Listen für die Opfer des Schwinders oder sonstiger Ereignisse Gelder zu erlangen.

In letzter Zeit hat die Unfälle zugenommen. Verlangen, die in den Gewerkschaftsbüros um Unterstützung fragen, auf Wunsch den Stempel des Verbandsoffiziers auf eine Liste aufzubringen. Wir warnen alle unsere Funktionäre, beratigen Wünschen nachzukommen. Wir ersuchen ferner unsere Funktionäre dringend, allen verdächtigen Personen die Verbandsbücher nicht zu lassen und die Persönlichkeiten der Verbände festzustellen.

Der Hauptvorsitzende

Verlammlungskalender

Ergebnis Freitag, den 13. März, wichtige Verhandlung im „Goldenen Hof“.

Sterbetafel

Krankheit 1. Th. Im Alter von 34 Jahren nach am 7. März unter Mitglied, der Sattler Johann Wilmeter.

Wegen freiwillig aus dem Leben geschieden ist unser langjähriger Vorligender, der Kollege Heinrich Werner, im Alter von 84 Jahren.

Obere ihrem Andenken!